

BdSt zu 25 Jahren Solidaritätszuschlag am 1. Juli



Schluß mit dem überholten Soli! Nach einem Vierteljahrhundert hat die Sondersteuer ausgedient und gehört abgeschafft – spätestens bis Ende 2019, wenn die Finanzhilfen für den 'Aufbau Ost' ohnehin auslaufen!

Plänen aus der Politik, den Soli in anderer Form beizubehalten, wird vom BdSt. eine klare Absage erteilt! Die meisten Bürger sehen das genauso: Nach einer repräsentativen Umfrage in dessen Auftrag wollen 79 Prozent, daß der Soli abgeschafft wird.

Das ist ein klarer Auftrag an die Bundesregierung! Diversen Andeutungen, die Bürger steuerlich entlasten zu wollen, müssen endlich Taten folgen.

Union und FDP hatten das 'Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen' 1991 auf den Tisch gelegt. Abgesehen von einer kurzen Soli-Pause zahlen wir noch heute die ursprünglich befristete Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer!

Allein im vergangenen Jahr nahm der Bund knapp 16 Milliarden Euro durch den Soli ein, wobei er nur 6,7 Milliarden für den 'Aufbau Ost' ausgab. Die Tendenz ist seit Jahren eindeutig: Die Soli-Einnahmen steigen, während die Leistungen für die neuen Länder sinken.

So werden 2019 voraussichtlich knapp 19 Milliarden Euro Soli-Einnahmen schmalen 3,6 Milliarden Ausgaben für die Ost-Länder gegenüberstehen.

Nach einem Vierteljahrhundert wird es Zeit, um Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen: Technisch gesehen haben Soli und Solidarpakt nichts miteinander zu tun. Die Sondersteuer Soli speist nicht den Solidarpakt, sondern fließt in den Bundeshaushalt und ist damit nicht zweckgebunden.

Und die permanenten Behauptungen der Politik, der Soli wäre für die Finanzierung des

Haushalts unabdingbar, sind nichts als ein Märchen!

Würde der Bundestag noch dieses Jahr beschließen, den Soli ab 2017 schrittweise abzubauen, wären alle Steuerzahler ab 2020 von der Zwangsabgabe befreit. Die Bürger wären um knapp 50 Milliarden Euro entlastet, und dennoch könnte die Bundeskasse einen jährlichen Zuwachs von rund 2,5 Prozent beim Steueraufkommen verbuchen.

30 Jahre nach dem Mauerfall und 25 Jahre nach der Soli-Einführung geht der Appell an die Regierung: Entlasten Sie die Bürger in Ost wie West! Das wäre wahrhaft solidarisch!

Exkurs: Der Soli und die Privatrente

Schluß mit dem Soli! Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die zu hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland zu senken, denn derzeit muß im Durchschnitt mehr als die Hälfte des erwirtschafteten Einkommens an den Staat abgeführt werden. Von jedem verdienten Euro bleiben den Steuer- und Beitragszahlern weniger als 50 Cent.

Hierbei sind die staatlich beeinflussten Gebühren noch nicht berücksichtigt. Auch Rücklagen für die eigene Altersversorgung oder den Pflegefall sind hier nicht enthalten. Unsere Steuer- und Abgabenlast ist eindeutig zu hoch!

Der Bund der Steuerzahler hat zwei Entlastungsbeispiele errechnet:

- *Ein Berufseinsteiger mit einem monatlichen Bruttogehalt von 2.500 Euro könnte gut 200 Euro im Jahr in die private Rente investieren, wenn er keinen Soli mehr zahlen müßte.*
- *Sogar 600 Euro würden bei einer Familie mit einem Kind frei, bei der die Partner monatlich jeweils 4.000 Euro bzw. 2.200 Euro Bruttoeinkommen beisteuern...*

(Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.)

Wir fragen: Wie sieht das eigentlich juristisch aus...?